

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl Kaden, Dresden.
Druck: Carl Kaden, Dresden.
Vertrieb: Carl Kaden, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich des Preises ist es nach dem Inhalt dieser Bekanntmachung, bei der Bestellung der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abonnementpreise: Einmalig 1,00 Mark, halbjährlich 4,50 Mark, jährlich 8,00 Mark. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 23/24, Dresden.
Telefon: 24 23 24. Halbjährlich 4,50 Mark, jährlich 8,00 Mark.
Vertrieb: Bettendorfer Str. 23/24 und 23 27.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreise: Einmalig 1,00 Mark, halbjährlich 4,50 Mark, jährlich 8,00 Mark. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 269

Dresden, Sonnabend den 17. November 1928

39. Jahrg.

Unterstützung der Ausgeperrten

Berlin, 17. November. (Eigener Funkdruck.) Im sozialdemokratischen Ausschuss des Reichstages wurde heute folgender Antrag angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Abstellung der Ausgeperrten, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch Ausperrung entstanden sind, nach näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Unterstützung zu stellen, und den in dem genannten Gebiet gelegenen Gemeinden (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Vereinen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen.

Der Antrag wurde mit 16 Stimmen der Sozialdemokraten und 16 Stimmen der Kommunisten angenommen. Bei der Gegenprobe enthielten sich die übrigen Parteien der Stimme und fügten sich auf diese Weise dem Beschlusse bis auf die Kommunisten, die gegen ihn votierten. Zu jener alle anderen Anträge mit wechselnder Mehrheit der Ablehnung verfallen waren, war der jetzt angenommene Antrag der einzige, der übrig geblieben war. In dem die Sozialdemokraten gegen ihn stimmten, haben sie überhaupt gegen jede Zurückweisung des Antrages für die Ausgeperrten gestimmt.

Anträge zur Unterstützung der Ausgeperrten hatten sowohl die Sozialdemokraten wie auch das Zentrum und die Kommunisten eingebracht. Besonders der sozialdemokratische Antrag hat gefordert, daß die Ausgeperrten nach dem Ermessen der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen seien und daß die notwendigen Summen dafür von den Unternehmern eingezogen werden sollten. Über die Anträge war nun eine Woche verhandelt worden, ohne daß es zu einer Einigung gekommen wäre. So kam es, daß bei der nicht mehr ausbleibenden Entscheidung alle früheren Anträge der Parteien abgelehnt wurden. Jedoch gelang es im letzten Augenblick, die schwerwiegende prinzipielle Entscheidung zu vermeiden, daß das Reich die zur Unterstützung der Ausgeperrten notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen hat. Stattdessen, nach denen die Auszahlung durch die Gemeinden zu erfolgen hat, werden in kürzester Frist von der preussischen Staatsregierung herausgegeben werden, wobei der Innenminister und der Reichsminister dafür sorgen sollen, daß an Stelle der bisherigen öffentlichen und uncindevirtschaftlichen Unterstützung eine einheitliche und wirksame Regelung tritt.

Die sozialdemokratische Partei setzt von dem, was sie in ihrem Antrag gefordert hat, nicht ab. Besonders hält sie daran fest, daß bei der Auszahlung der Unterstützung die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebenso wie die nichtorganisierten berücksichtigt werden müssen. Eine Trennung wäre — abgesehen davon, daß sie höchst ungerade wäre — schon aus verfassungsmäßigen Gründen nicht durchzuführen. Ebenso will die sozialdemokratische Partei daran fest, daß die Sache von vorn her entschieden werden muß, die sie gemacht haben, daß die Unterstützung durch ihren Reichsdruck anrichten. Für den Augenblick handelt die sozialdemokratische Partei nach dem Grundsatz: Wer nicht kämpft, gibt doppelt! So ist vorausgesehen, daß der Reichstag heute nachmittags einen Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses mit sehr großer Mehrheit bestätigen wird.

Einberufung des sozialdemokratischen Parteiausschusses

SPD, Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat die Kontrollkommission und den Parteiausschuss zum kommenden Montag nach Berlin beauftragt. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Erörterung der politischen Lage.

Sozialdemokratische Werbeweche

Erfreuliche Ergebnisse
Über das Resultat der sozialdemokratischen Werbeweche vom 21. bis zum 27. Oktober wird uns aus dem Parteibureau mitgeteilt:

11 634 neue Mitglieder
31 677 neue Leser
Der sozialdemokratischen Partei beigetreten.
31 677 neue Leser

Die Meldungen umfassen 32 Parteibeiräte, ein Bezirksleiter und die Meldung aus. Von den Zeitungen stehen 27 neu erworben.

Der Bezirk Berlin meldet 3327 neue Mitglieder und 177 neue Parteibüroisten.
So lautet der Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei im Reich, den die Kommunisten durch ihren Volkskampf anzetteln. Die sozialdemokratische Partei und die Parteimitglieder sind der festgesetzteste Feind der deutschen Republik.

Wir müssen die geleistete Arbeit der Parteimitglieder und die geleistete Arbeit der Parteimitglieder.
Auf zur weiteren Verbeitung! Kampf den Feinden der Arbeiterbewegung!

Es wird weitergebaut!

Der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues mit 255 gegen 203 Stimmen abgelehnt

Der sozialdemokratische Antrag ist gefallen, die bürgerliche Reichstagsmehrheit schenkte Herrn Groener sein Schiff. In diesem Kampfe hat sich der Reichswehrminister entpuppt als ein Kur-Militär, der ebenso wenig politisch denken kann wie seine Kollegen im Wehrministerium. Groener war in republikanischen Kreisen einst gut angeschrieben, weil er wenig mit dem Typ des preussischen Junkers gemein hatte, sich auf ein beträchtliches militärisches Fachwissen berufen kann und gegen Ende des Krieges dadurch hervortrat, daß er den Kaiser fallentließ und das deutsche Heer von seinem „obersten Kriegsherrn“ noch rechtzeitig löste. Inzwischen hat Groeners Tätigkeit innerhalb der Reichswehr bewiesen, daß auch er gegen reaktionäres Denken nicht viel mehr Zivilcourage aufbringt als sein Vorgänger Seeher, und seine Rede für den Panzerkreuzer behalt sich mit alten Phrasen. Andere Fachmänner haben dagegen, wie leicht heute ein Panzerkreuzer von Flugzeugen zerstört werden kann, daß durch die moderne Kriegstechnik die Bedeutung gepanzerter, bewehrter, schwimmender Kräfte weit unter das frühere Maß herabgesetzt wurde. Nichts in Groeners Rede ließ etwas davon spüren, ob er sich mit diesen Argumenten auseinandergesetzt hat.

Dagegen behalt er sich mit Reviditäten wie jener merkwürdigen Auffassung, durch Einstellung des Schiffbaues einen Tausende von Arbeitern brotlos — darum also 80 Millionen verbüßern. Sollte man solche Begründung gelten lassen, dann könnte man ja auch fordern, die Sächsische Schweiz abzutragen und dann wieder an ihren Platz zu stellen, denn auch damit würden „Tausende von Arbeitern“ beschäftigt.
Bill man verstehen, warum die bürgerlichen Parteien der Groenerschen Denkweise so einheitlich folgten, so sieht man auf das militärische Empfinden des deutschen Durchschnittsmenschen. Außenpolitische Beispiele scheinen ihm ein Beweis zu sein, daß wir so viel tüften müssen, wie uns der Versailles Vertrag gestattet. Die andern bauen Schiffe, also bauen wir auch, soviel wir können! Ob ein ein Dutzend moderner Schlachtkräfte bei einer wirklichen Bedrohung Deutschlands durch die großen Mächte nützt oder nicht — ganz gleich. Wir haben früher eine Marine gehabt, wir wollen wieder eine Marine haben! In dieser Richtung des „Run grabe“ bewegt sich das politische Gefühl eines beträchtlichen Teiles des deutschen Volkes. Darum fielen auch die Demokraten so rasch um — dieselbe Partei, die im alten Reichstag den Panzerkreuzer ablehnte!

Und noch etwas sprach bei dieser Entscheidung stark mit: Wäre der sozialdemokratische Antrag angenommen worden, so hätte das wie ein Sieg der Sozialdemokratie ausgesehen. Und das können die bürgerlichen Parteien nicht dulden. Von strengem Krisengerichte aus, den Republikanern im Zentrum und bei den Demokraten wird vor eventuellen Schritten Hindenburgs, vor der Amtsniederlegung Groeners, vor Neuwahlen, vor neuen „inneren Wirren“ grüßig gemacht — und als zum Sammeln geblieben wurde, da stand der linke Zentrumsmann Birth treulich neben seinem ehemaligen Reichshammerkameraden Marx, machte die Sozialdemokratie zur Wägung und hielt eine Festrede über die „Krise des Vorparlamentarismus“.

Dieses Beispiel, die ganze Panzerkreuzerdebatte wie die Bill für die Trübsalherren an Ruhr und Rhein zeigen, wie schwierig es für die Sozialdemokratie in dieser Regierung ist. Wir glauben nach den bisherigen Proben nicht daran, daß unsere Genossen bei dem Ringen innerhalb der Regierung künftig noch wesentliche Erfolge erzielen können. Die Zeit wird uns sehr bald vor ähnliche parlamentarische Auseinandersetzungen und Streitfragen stellen wie die der letzten zwei Tage, und es wird sich sehr bald zeigen, daß die bürgerliche Mehrheit darauf ausgeht, die Sozialdemokratie zu Zugeständnissen zu zwingen, die uns mehr belasten, als sie den breiten Massen nützen. Schon darum können wir nicht an eine lange Lebensdauer dieser Regierung glauben.



Groener

Der Kaiser geht

Wie in mehreren bürgerlichen Blättern gemeldet wird, hat der jetzige sächsische Volksbildungsminister Dr. Kaiser ein unbezähmbares Verlangen nach einem Bankdirektorposten, und er will deshalb um die Jahreswende seinen Posten als Leiter der sächsischen Volksbildung niederlegen und in die Direktion der Sächsischen Bodenkreditanstalt eintreten, deren Aufsichtsrat er bereits angehört hat. Man ist dabei geneigt, an das schöne Sprüchlein von den Ratten zu denken, die das sinkende Schiff verlassen. Herr Kaiser ist sich wohl darüber klar, daß die Herrlichkeit der Geldkoalition nicht mehr übermäßig lange dauern kann, und ein sicherer Bankdirektorposten ist schließlich mehr wert als ein wackelnder Ministerposten. Herr Kaiser folgt mit diesem Berufswechsel dem Beispiel seines ehemaligen Kollegen Dehne, der ja auch seinen Ministerposten mit einem Bankdirektorposten vertauschte, den er allerdings auch schon bekleidet hatte, ehe er Minister wurde.

Damit das sächsische Volk nicht allzusehr über den bevorstehenden Verlust betrübt ist, wird ihm zum Trost mitgeteilt, daß Herr Kaiser so gnädig sein wird, sich auch weiterhin der sächsischen Politik zu widmen. Er will sein Mandat verwalten.

Als Herr Dr. Kaiser sein Ministeramt antwortet er so, als wenn er in der „verlorenen“ sächsischen Volkschule recht gründlich Ordnung schaffen wollte. Es erschien damals eine Denkschrift des Kultusministers über die sächsische Volkschule, die nachweisen sollte, daß unter den sozialdemokratischen Regierungen die sächsische Volkschule arg heruntergekommen sei. Herr Kaiser hatte auch die Absicht, die Schulansicht zu verschärfen. Die Vortragschulräte sollten Gehülsen bekommen, die sie bei Heberwahrung der Volkschule unterstützen sollten. Mit diesem schönen Plan ist aber Herr Kaiser nicht durchgekommen. Die sächsische Lehrerschaft leistete entschloffenen Widerstand, und Kaiser mußte sich auch davon überzeugen, daß er auch im Landtage die nötige Gefolgschaft nicht finden würde. So ist Kaiser allmählich ein recht stiller Mann geworden, und man hat schon seit langem nichts mehr davon gehört, daß er versuchen wollte, an

unserer sächsischen Volkschule allzuviel herumzureformieren. Vielleicht hat er sich selbst davon überzeugen müssen, daß die angeblich verlorerte sächsische Volkschule gar nicht so schlimm ist, wie das manche von seinen Parteigenossen behaupteten.

Bei den schwierigen Verhältnissen in der Geldkoalition ist es leicht möglich, daß das Freinwerden des Volksbildungsministeriums innerhalb der Koalition zu neuen Schwierigkeiten und zu neuen Forderungen führt. Selbstverständlich wird die Deutsche Volkspartei verlangen, daß sie nach dem Rücktritt Kaisers wieder einen Ministerposten erhält. In den Leipziger Neuesten Nachrichten wird bereits der frühere sächsische Justizminister Wünger als Ersatz für Kaiser angeprochen, und dabei darauf hingewiesen, daß Wünger eine erheblichen Pension vom sächsischen Staat bezieht, die erpart werden könnte, wenn man ihn zum Minister mache. Freilich hat man bisher noch nichts davon gemerkt, daß Herr Wünger sich gerade mit Kulturfragen sehr viel beschäftigt hat. Wenn Wünger überhaupt als Ministerkandidat in Betracht kommt, so wird man wahrscheinlich versuchen, ihn wieder in das Justizministerium zu bringen, um bei dieser Gelegenheit Herrn von Dumelt von der Aufwertungspartei abzuschleichen. Und damit wäre eine neue Krise in der Geldkoalition da, die bisher von einer Seite zur andern getrieben ist. Dabei zweifeln wir natürlich nicht daran, daß die Geld-Parteien auch diese Schwierigkeit überwinden werden. So wenig sich die Geld-Parteien untereinander lieben, so halten sie doch wie die Erbsüßlinge seil, zusammen wie die Motten, und so wird man auch diesmal, wenn auch unter reichlichem Gezwink, so lange zu handeln, bis man einen würdigen Nachfolger für Herrn Kaiser gefunden hat und alles wieder in Ruhe ist.

Die Leipziger Volkszeitung beschäftigt sich mit der bisherigen Tätigkeit des Dr. Kaiser als Aufsichtsrat in der Sächsischen Bodenkreditanstalt, deren Direktor er jetzt werden soll. Dr. Kaiser Anfang 1924 Minister wurde, trat er seinen Aufsichtsratsposten nieder. Am Ende des Jahres 1924 war er aber nach dem Verbot der deutschen Aktiengesellschaften wieder Mitglied des